



Europäische Union
Regionalpolitik

de info regio panorama

10

Juni 2003

Runder Tisch

„Cities for
Cohesion“

Im Klartext

Das ISPA

Entdeckungsreise
durch ein
Beitrittsland

Polen

Porträt einer
Region

Sachsen-Anhalt
(Deutschland)



**Auf dem Weg
zur Erweiterung**

„Cities for Cohesion“: städtische Solidarität im Herzen Europas

Welche Rolle können die Städte beim Aufbau eines solidarischen und blühenden Europas spielen? Wie lässt sich die städtische Dimension in den europäischen Politiken besser berücksichtigen? InfoRegio Panorama hat vier herausragende Vertreter des Netzwerks „Cities for Cohesion“ (Städte für Zusammenhalt) um eine Antwort auf diese Fragen gebeten: Jean-Paul Huchon, Präsident der Region Île-de-France (Frankreich), Manuel Royes I Vila, Präsident der Diputacio di Barcelona (Spanien), Edgar Savisaar, Bürgermeister von Tallinn (Estland) und Lord Smith of Leigh, Vorsitzender der Association of Greater Manchester Authorities (Vereinigtes Königreich).

In zahlreichen Städten Europas ist eine widersprüchliche Entwicklung zu beobachten: Einerseits findet ein starkes Wachstum statt, andererseits entstehen immer mehr Viertel, die mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Wie lassen sich solche Dualitäten, die den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt beeinträchtigen, verhindern?

Jean-Paul Huchon, Île-de-France



Dieses Problem betrifft die gesamte Gemeinschaft, da die Ballungsräume der Union, aber auch die der künftigen Mitgliedstaaten mit erheblichen inneren Ungleichheiten zu kämpfen haben.

Die Zahlen geben die gelebte Wirklichkeit nicht wider. Unsere Gebiete sind Lebensräume, in denen sich soziale, städtische und ökologische Probleme oftmals konzentrieren. Dieses ungleich verteilte Wachstum ist eine Herausforderung, der auf politischer Ebene Rechnung zu tragen ist. Wenn wir ein starkes Europa wollen, brauchen wir starke Solidaritäten. Die

europäischen Städte und Regionen sind zwar aufgrund ihrer Vorrechte und ihrer Nähe am besten in der Lage, wirksame politische Maßnahmen durchzuführen, aber wir brauchen die finanzielle Unterstützung der Union. Ich bin davon überzeugt, dass die europäischen Fonds das optimale Mittel sind, um die konkrete und positive Inbesitznahme Europas durch seine Völker voranzutreiben. Es handelt sich hier um eine ehrgeizige europäische Regionalpolitik, im Dienste aller Bürger und mit einer ausgeprägten städtischen Dimension, die den speziellen Bedürfnissen der krisenbetroffenen Viertel gerecht werden und gleichzeitig die Chancen nutzen kann, die diese Gebiete als Wachstumsmotoren bieten.

Lord Smith of Leigh, Greater Manchester



Bei der Gestaltung der künftigen Kohäsionspolitik der Europäischen Union muss die städtische Dimension dieser Politik mit all ihren Aspekten einbezogen werden.

Dies umfasst die Rolle der Struktur-



In der sanierten Altstadt von Manchester.

fonds, Staatsbeihilfen, die Verkehrspolitik und alle Fragen im Zusammenhang mit städtischen Gebieten. Diesbezügliche Fortschritte lassen sich unserer Meinung nach am besten erreichen, indem wir uns an die Strategie von Lissabon halten: die Union zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wissenswirtschaft der Welt zu machen, die fähig ist zu nachhaltigem Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und verstärktem sozialem Zusammenhalt. In Grand Manchester arbeiten wir gerade am Aufbau unserer Stellung als „Wissenshauptstadt“. Dies entspricht in vieler Hinsicht den Zielen der Lissabonner Strategie. Neben der Entwicklung unseres

Übersicht

Verantwortlicher Herausgeber: Thierry Daman, EK, GD Regionalpolitik

Diese Zeitschrift ist auf der Website http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm in den elf Amtssprachen der Europäischen Union verfügbar. Sie wird in gedruckter Form in fünf Sprachen (DE, EN, ES, FR, IT) auf Recyclingpapier aufgelegt.

Der Wortlaut dieser Veröffentlichung ist rechtlich nicht bindend.

Fotonachweis (Seiten): Landesmarketing Sachsen-Anhalt GmbH (1, 12), Marketing Manchester (2), Cities for Cohesion (2, 3, 4), Mike St. Maur Sheil (6, 14, 15), ISPA/Lithuanian Ministry of the Environment (8), Polish Tourism Organisation (10), Ministerstwo Gospodarki, Pracy i Polityki Społecznej (11), Verbindungsbüro des Landes Sachsen-Anhalt (13)

Titel: Kunststudentinnen und -studenten in der Umgebung von Halle (Sachsen-Anhalt)



Fachwissens im Forschungsbereich zielt dieser Ansatz auch darauf ab, diese Forschungskapazität in die lokalen Unternehmen zu bringen, die Fähigkeiten und Qualifikationen der lokalen Bevölkerung zu verbessern, die Gründung neuer Firmen zu fördern und folglich, durch die Unterstützung von Wachstumssektoren und Maßnahmen zur städtischen Erneuerung, eine wichtigere Rolle in der Wirtschaftsentwicklung von Greater Manchester zu spielen.

Die Europäische Kommission hat einen Reflexionsprozess über die Zukunft der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts (Kohäsionspolitik) eingeleitet. Inwieweit sollte die „städtische“ Frage Ihrer Meinung nach im Mittelpunkt der künftigen Kohäsionspolitik der Gemeinschaft stehen?

Jean-Paul Huchon, Île-de-France

Dieser Punkt ist von grundlegender Bedeutung für unsere Gebiete, unsere Länder und den Zusammenhalt unseres Kontinents. 60 bis 80 % der europäischen Bevölkerung leben in der Stadt. Für die Kommission ist die städtische Frage ein wesentliches Anliegen. Sie muss in den Mittelpunkt der künftigen Strukturpolitik gestellt werden und zwei konkrete Ziele verfolgen: krisenbetroffenen städtischen Gebieten helfen, eine nachhaltige Neubelebung in Gang zu setzen, und die Lissabonner Ziele zu erreichen, damit Europa sich bis zum Jahr 2010 zur wettbewerbsfähigsten Wissenswirtschaft der Welt entwickelt. Das Jahr 2003 ist diesbezüglich entscheidend. Die Kommission arbeitet nämlich derzeit an ihren Vorschlägen für die Kohäsionspolitik nach 2006. Aus diesem Grund sind wir und meine europäi-

schen Partner äußerst aktiv. Die Entscheidung, die europäischen Mittel für unsere Gebiete, die sich in Umstrukturierungsprozessen befinden und von städtischen Krisen betroffen sind, zu beschneiden, wäre in meinen Augen ein politischer und sozialer Rückschritt, für den unsere Bevölkerungen kaum Verständnis hätten. Meiner Ansicht nach wäre es gefährlich zu glauben, die Regionalpolitik habe ihre Rolle erfüllt.

Manuel Royes I Vila, Diputacio de Barcelona



Die große Mehrheit der Europäer wohnt in Städten. Dort konzentrieren sich Reichtum und Produktionskapazität, aber auch schwerwiegende Probleme wie etwa hohe Arbeitslosenraten, so-

ziale Ausgrenzung und Umweltverschlechterung. Die europäischen Städte haben beachtliche Fähigkeiten, sie sind dynamisch und können innovative Lösungen für ihre Probleme entwickeln. Sie müssen jedoch unterstützt werden. Daher ist es auch so wichtig, die städtische Frage ins Zentrum der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsionspolitik der Europäischen Union ab dem Jahr 2006 zu stellen. Wir brauchen Instrumente für die Unterstützung einer integrierten Stadtentwicklung. Diese Instrumente müssten über die klassischen Ansätze der Strukturmaßnahmen hinausgehen, vor allem in den außerhalb von Ziel 1 gelegenen Gebieten. Sie müssten innovative Lösungen zur Hand haben, die auf Gemeinschaftsebene einen erheblichen Mehrwert darstellen und aus partizipativen und erkennbar nachhaltigen Prozessen hervorgehen.

Die Initiative URBAN stellt mehrere neuartige Elemente heraus, beispielsweise Integration zwischen den verschiedenen Politikbereichen, Anpassungsfähigkeit und Flexibilität, Partnerschaft mit lokalen Vereinigungen ... Könnten sich die Strukturfonds selbst Ihrer Meinung nach stärker von diesen Elementen inspirieren lassen?

Manuel Royes I Vila, Diputacio de Barcelona

Die Idee der in der Gemeinschaftsinitiative URBAN II geplanten Zusammenarbeit ist ihrem Wesen nach sehr positiv. Durch die Mittel eines URBAN-Projekts wird es einfacher, zu einem pluridisziplinären und mehrjährigen Arbeitsrahmen zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen und den sozioökonomischen Akteuren zu gelangen. Anders lässt sich ein solcher Rahmen kaum erreichen.

Diese Erfahrung kann – sofern die Mitgliedstaaten die notwendigen Mittel zur Verwirklichung des in den allgemeinen Fondsregeln festgelegten Prinzips der Zusammenarbeit bereitstellen – perfekt auf die anderen von den Strukturfonds und den neuen, für die Zeit nach 2006 vorgesehenen Gemeinschaftsinitiativen finanzierten Beiträge übertragen werden. In diesem Sinne werden die Projekte der Städte der jetzigen Europäischen Union, ob sie nun an URBAN teilnehmen oder nicht, einen großen Mehrwert für die Städte und Ballungsräume der Beitrittsländer darstellen.

Lord Smith of Leigh, Greater Manchester

Viele Elemente von URBAN gefallen uns: die Partnerschaft, der integrierte Ansatz, der einzige Fonds und die Flexibilität. Um jedoch als Modell zu dienen, ist die aktuelle URBAN-Ini-

9



Polen:
ein starkes Entree

12



Sachsen-Anhalt:
eine gelungene
Mischung aus
Wissenschaft und
Wirtschaft

14



Vereinigung der
archäologischen
Stätten von Athen
(Griechenland)

tiative unseres Erachtens zu klein angelegt, sie hat nicht genug Haushaltsmittel und zu wenig Projekte. Dazu kommt, dass die gebietsbezogenen Initiativen zwar wichtig sind, wir aber auch die Entwicklung viel versprechender Sektoren im Auge behalten müssen.

Edgar Savisaar, Tallinn



Die Initiative URBAN ist fraglos ein sehr wichtiges Instrument für die Entwicklung der Städte. Sie weist mehrere Merkmale auf, insbesondere die enge Partner-

schaft auf lokaler Ebene, von denen sich die Strukturfonds ganz allgemein inspirieren lassen sollten. Ich muss Sie jedoch daran erinnern, dass diese Initiative den Städten der neuen Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Erweiterung im Jahr 2004 nicht offen steht. Die Kommission hat uns erklärt, dass es für die ersten zwei Jahre sehr unpraktisch wäre, das Programm für die Beitrittsländer zu öffnen. Wir hingegen sind der Meinung, dass die Teilnahme an der Initiative URBAN uns erlauben würde, unschätzbare Erfahrungen mit der Koordinierung eines vollkommen integrierten Programms und dem Aufbau starker Partnerschaften zu gewinnen. In unseren Augen würde uns die Tatsache, dass die Städte der Beitrittsländer aus diesem Prozess ausgeschlossen werden, nicht nur um diese Erfahrungen, sondern auch um eine wichtige Basisarbeit für die Zukunft bringen. Die Erfahrungen, die wir im Rahmen dieser Initiative sammeln könnten, wären sehr nützlich für uns, um im Hinblick auf die Strukturfonds nach dem Jahr 2006 professionell geführte und

integrierte Projekte mit starken Partnerschaften zu entwickeln.

Welche Zukunft sehen Sie für „Cities for Cohesion“? Wie wollen Sie Ihr Netzwerk in Zukunft entwickeln und ausbauen?

Edgar Savisaar, Tallinn

Im Augenblick sind nur zwei Städte aus zwei Bewerberländern Mitglied unseres Netzwerks: Tallinn und Prag. Wir hoffen, dass im Zuge der Erweiterung andere Städte aus anderen Mitgliedstaaten zu uns stoßen werden, um unsere gemeinsamen Ziele zu verfolgen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Regional- und Kommunalvertretungen nur 6 % der Büros ausmachen, die in Brüssel ansässig sind und mit den europäischen Einrichtungen zusammenarbeiten. Wenn die Europäische Union wirklich kluge und nachhaltige Entscheidungen treffen will, muss sie alle betroffenen Partner anhören. Die lokalen und regionalen Strukturen als direkte Vertreter der Bürger müssen teilnehmen und sich Gehör verschaffen, damit die Europäische Union demokratischer wird und die Distanz zu ihren Bürgern abnimmt.

Lord Smith of Leigh, Greater Manchester

„Cities for Cohesion“ hat in seiner ursprünglichen Stellungnahme zehn Kernprinzipien herausgestellt, die allen künftigen Maßnahmen der Kohäsionspolitik zugrunde liegen sollten. Wir suchen derzeit nach Lösungen zur Unterstützung dieser zehn Prinzipien. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf drei Anliegen: die Bedürfnisse der Städte, die Vorteile, die die Städte den Regionen und der Europäischen Union bringen, und die für diese Gebiete

verfügbaren Ressourcen. Unsere Gruppe geht sehr informell an die Dinge heran. Natürlich würden wir uns sehr freuen, andere Organisationen aufzunehmen, die sich für „Cities for Cohesion“ engagieren wollen und die gleichen Ziele verfolgen.

Städte für Zusammenhalt

Das Netzwerk „Cities for Cohesion“ ist ein offenes Forum für den Austausch und gemeinsame Aktionen zwischen europäischen Gebietskörperschaften.

Im Juni 2002 sind insgesamt 16 städtische Strukturen dem Manifest von „Cities for Cohesion“ beigetreten. In diesem Text heben die Unterzeichner zehn Kernprinzipien für eine bessere Berücksichtigung der städtischen Dimension in der Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts hervor. Vor allem eine Idee liegt ihnen am Herzen: die Notwendigkeit, die politischen Maßnahmen in den verschiedenen Strukturfonds effizienter zu integrieren.

Die Mitglieder des Netzwerks „Cities for Cohesion“ wollen an zwei komplementären Fronten aktiv werden: die Probleme krisenbetroffener Viertel lösen, gleichzeitig aber auch die Rolle der Städte im allgemeinen europäischen Wachstumsprozess stärken. Ihrer Ansicht nach besteht ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Was diesen Punkt anbelangt, kann man Armutsviertel in den Städten nur dann wirksam in Angriff nehmen, wenn man sich auf weitaus größere Gebiete stützt: „Ghettoisierung“ muss um jeden Preis verhindert werden.

„Cities for Cohesion“ wird sich weiterhin mit anregenden Beiträgen an der Reflexion über den wesentlichen Inhalt der Politiken beteiligen, möchte aber nun einen Schritt weiter gehen und, ausgehend von städtischen Gemeinschaften, konkrete Kooperationsprojekte ins Leben rufen, die auch das Ziel Zusammenhalt verfolgen.

Kontakt:

Catherine Feore

Tel. (32-2) 229 53 75

E-Mail:

catherine.feore@agma-brussels.org

Internet: <http://www.citiesforcohesion.org>



Die Mitglieder des Netzwerks „Cities for Cohesion“

Amsterdam, die Association of London Government, Berlin, Diputacio de Barcelona, Kopenhagen, Frankfurt-Rhein-Main, Greater London Authority, Greater Manchester, Greater Merseyside, Région Île-de-France, Malmö, Prag, Stockholm, Tallinn, Wien.

Die Region Brüssel-Hauptstadt unterstützt das Netzwerk, ist aber kein offizielles Mitglied.

Künftige Verwaltung der Strukturfonds: welche Aufgabenteilung? Eine Evolution, keine Revolution

Wie könnte man die Verwaltungsmodalitäten der Strukturfonds ab dem Jahr 2007 weiterentwickeln, ohne den gemeinschaftlichen Mehrwert der Strukturpolitik und die Verantwortung der Kommission im Bereich Kontrolle zu beeinträchtigen? Am 3. und 4. März erörterten über 500 Vertreter von nationalen Verwaltungen, Leitungsbehörden und Gebietskörperschaften diese komplexe Frage mit der Europäischen Kommission. Die Botschaft der Teilnehmer ist eindeutig: Sie wollen Verbesserungen und Anpassungen, aber keinen radikalen Bruch mit den bisherigen Methoden.



Vor mehr als zwei Jahren hat die Europäische Kommission auf Initiative von Kommissar Michel Barnier eine breite Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik eingeleitet. Parallel zu diesem „inhaltlichen Bereich“ stellt sich eine weitere Frage im Hinblick auf die Organisation: Wie wird die Verwaltung der Strukturfonds nach dem Jahr 2006 (der aktuellen Frist) aussehen? Dieses Problem ist vor allem deshalb so akut, weil sich die Europäische Union 2004 um zehn neue Mitgliedstaaten erweitern wird. Es liegt auf der Hand, dass die Verwaltungsregeln an diesen neuen und vielseitigeren Rahmen angepasst werden müssen.

Eine unabdingbare Reform

Schon 1999 wurde eine erste Reform durchgeführt, die einen deutlichen Schwerpunkt auf die Dezentralisierung im Verwaltungsbereich legte und im Gegenzug gleichzeitig die von der Kommission ausgeübte Kontrolle verstärkte. Dieses System ist jedoch ins Kreuzfeuer der Kritik geraten: Manche beanstandeten die Überschneidung der Kontrollverfahren, andere warfen der Kommission übertriebene Regulierung vor, und wieder andere wiesen besorgt auf die möglichen Konsequenzen einer einheitlichen Verwaltungsform in äußerst unterschiedlichen Verwaltungskontexten hin.

Wie also soll es weitergehen, wie ließe sich die Situation verbessern? Michel Barnier erklärte gleich zu Beginn des Seminars am 3. und 4. März, die Reform müsse fortgesetzt werden. Da die Programmplanungsperiode 2000-2006 be-

reits zur Hälfte abgelaufen sei, käme es nun darauf an, sich mit den künftigen Verwaltungsregeln zu befassen, betonte er in seiner Einleitung.

Abgesehen davon, fügte er hinzu, sei es wichtig, am Ende der ersten drei Jahre dieses Zeitraums eine nuancierte Bilanz zu erstellen. Denn es gibt natürlich auch Erfolge zu verzeichnen: Positive Ergebnisse treten zutage, wie beispielsweise die Vorteile der mehrjährigen Programmplanung, die Umsetzung der Partnerschaft oder die schrittweise Integration der Bewertungskultur. Dennoch, räumte Michel Barnier ein, bleibe ein Schwachpunkt bestehen: Eine wirkliche Dezentralisierung hat bislang nicht stattgefunden.

Drei Herausforderungen

Ausgehend von dieser Analyse sind nach Auffassung der Kommission drei große Herausforderungen zu bewältigen.

Wie könnte man die jeweiligen Verantwortungen der Kommission, der Mitgliedstaaten und der Regionen eindeutiger definieren? Einerseits muss eine verstärkte Dezentralisierung sowohl für die Staaten als auch für die Regionen gelten, aber diese Kompetenzenübertragung darf nicht gegen Artikel 274 EG-Vertrag verstoßen, nach dem die Kommission in letzter Instanz für die Durchführung und die korrekte Verwaltung des Haushalts zuständig ist.

Der zweite Knackpunkt: Muss ein einheitliches Verwaltungssystem beibehalten werden, oder ist ein differenziertes Vorgehen je nach den zugewiesenen Beträgen und den jeweiligen Kapazitäten der verschiedenen Mitgliedstaaten möglich?

Schließlich die dritte wesentliche Frage: Derzeit konzentriert sich die Kommission auf die Kontrolle der Ausgaben; müsste sie sich künftig nicht verstärkt mit der Bewertung der Ergebnisse und der politischen und strategischen Ziele befassen?

Streben nach Ausgewogenheit

Die Diskussionen, ob in den Workshops oder bei der Plenarsitzung, waren ausgesprochen lebhaft: Insgesamt haben knapp 250 Vertreter, also praktisch jeder zweite Teilnehmer, das Wort ergriffen.

So unterschiedlich die vorgebrachten Standpunkte auch waren, haben sich doch zwei Leitideen deutlich herauskristallisiert:

Erstens: Die Teilnehmer haben ihren Wunsch nach Veränderungen zum Ausdruck gebracht, aber unmissverständlich darauf hingewiesen, dass diese in Form einer Evolution, nicht einer Revolution stattfinden sollten. Die Verwaltungsstrukturen legen keinen Wert darauf, dass das gesamte Regelwerk abgeändert wird, da dies eine gewisse Unsicherheit für sie mit sich brächte. Zwei Beispiele für ihr Streben nach Ausgewogenheit: Sie haben mehr Flexibilität verlangt und gleichzeitig die Beibehaltung gemeinsamer Regeln für die wesentlichen Prinzipien befürwortet, und sie haben eine Vereinfachung der Verfahren gefordert, das Prinzip der Kontrollen als solches jedoch nicht in Frage gestellt.

Zweitens: Subsidiarität ist tatsächlich eine gute Sache, aber die Dezentralisierung darf deshalb noch lange nicht zu einer Renationalisierung oder zur Aufhebung der Regeln für die Verwendung von Gemeinschaftsmitteln führen. Die Europäische Kommission kann sich ihren eigenen Verpflichtungen nicht entziehen. Im Hinblick auf die Verwaltung der Fonds muss sie in der Lage sein, sich gegenüber dem Europäischen Parlament und dem Rechnungshof zu rechtfertigen. Ein Zwang, der im Rahmen demokratischer Kontrollmechanismen und der Bemühungen um Transparenz gegenüber den Bürgern vollkommen begründet ist.

Weitere Informationen sind verfügbar unter der Adresse:
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docconf/responsibilities/index_de.htm

Beitritt im Zeichen der Kohäsion

Die Schlüsselrolle des ISPA in den mittel- und osteuropäischen Ländern

Zwischen 2000 und 2002 hat die Union in den zehn mittel- und osteuropäischen Bewerberländern insgesamt 249 Projekte im Zusammenhang mit Verkehr und Umwelt – zwei Bereiche mit enormem Investitionsbedarf – mit Fördermitteln des strukturpolitischen Instruments zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) unterstützt. In acht dieser Länder, die nächstes Jahr der EU beitreten, hat das ISPA schon jetzt eine beachtliche Hebelwirkung ausgelöst.

Von 15 auf 25. Am 1. Mai 2004 werden aller Voraussicht nach zehn neue Mitgliedstaaten Einzug in die Europäische Union halten. Unter einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt wird diese Erweiterung von nie da gewesenem Umfang ein erhebliches Potenzial für die Union darstellen, insbesondere aufgrund der höheren Wachstumsrate der Beitrittsländer und der mit einem größeren Binnenmarkt verbundenen Chancen. Aber natürlich ist nicht alles eitel Sonnenschein. Unter den neuen Mitgliedern gibt es acht mittel- und osteuropäische Länder (MOEL) – Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn –, deren Einkommen um etwa 40 % unter dem

Durchschnitt der erweiterten Union liegen wird. Auf Gemeinschaftsebene wird sich der Entwicklungsabstand zwischen den reichsten und den ärmsten Regionen (die sich vornehmlich in den neuen Mitgliedstaaten befinden) verdoppeln. Um die harmonische Entwicklung des Europas der 25 zu gewährleisten, wird die wirtschaftliche und soziale Kohäsionspolitik der Gemeinschaft häufiger als je zuvor auf der Agenda stehen.

Angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, hat die Union im Gegensatz zu früheren Erweiterungen eine „Heranführungsstrategie“ entwickelt und den zehn MOEL-Bewerbern



Diese Straße in Rumänien wurde durch EU-Mittel instand gesetzt.

schon vor ihrem Beitritt Strukturbeihilfen gewährt. Diese Heranführungshilfen in Höhe von insgesamt 21,84 Mrd. EUR ⁽¹⁾ über einen Zeitraum von sieben Jahren (2000-2006) werden im Rahmen von Beitrittspartnerschaften zwischen der Europäischen Kommission und jedem Bewerberland organisiert. Dabei kommen drei Finanzierungsinstrumente zum Einsatz. Das erste, Phare ⁽²⁾, ist auf die Stärkung der Institutionen, regionale und soziale Entwicklung, industrielle Umstrukturierung und KMU ausgerichtet. Sapard ⁽³⁾ unterstützt Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung, und ISP kofinanziert Infrastrukturen in den Bereichen Umwelt und Verkehr.

ISPA lehnt an das Modell des Kohäsionsfonds an

In diesen beiden Bereichen sind die Beitrittsländer mit ernststen Problemen konfrontiert, die dringend erhebliche Investitionen erfordern. Wie der Kohäsionsfonds, der auf ähnliche Weise in vier derzeitigen Mitgliedstaaten (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien) eingerichtet wurde, soll auch das ISPA den MOEL helfen, diese Investitionen zu realisieren, ohne ihre Bemühungen in Sachen Haushaltsführung zu beeinträchtigen. Es stellt ihnen insgesamt 7,8 Mrd. EUR (1,04 Mrd. EUR pro Jahr) zur Verfügung und kofinanziert je nach den von den Beitrittspartnerschaften festgelegten Prioritäten drei Maßnahmenkategorien:

- Projekte, die auf die Anwendung europäischer Rechtsnormen und gemeinschaftlicher Prinzipien im Umweltbereich (Prinzipien der Vorsorge, der Vorbeugung, der Vermeidung von Umweltbelastungen und Verursacherprinzip) abzielen. Die Beihilfe konzentriert sich auf umfangreiche Investitionen zur Lösung ernster Umweltprobleme wie etwa Trinkwasserversorgung, Abwasseraufbereitung, Festmüllentsorgung oder Luftverschmutzung.
- Projekte, die auf die transeuropäischen Verkehrsnetze (TEV) ausgerichtet sind: Schaffung oder Instandsetzung von Straßen-, Schienen- oder Flughafeninfrastrukturen, Verbindung zwischen den nationalen Netzen und ihr Anschluss an die TEV. Die Fördermittel werden an Projekte vergeben, die effiziente, intermodale (Huckepack-Systeme usw.) und umweltfreundliche Verkehrsarten unterstützen.
- Maßnahmen zur fachlichen Unterstützung und Sondierungsstudien in engem Zusammenhang mit den oben erwähnten Projekten. Diese Maßnahmen sollen das hohe Niveau der Projekte im Hinblick auf technische Effizienz und Verwaltung sicherstellen und eine dezentralisierte Leitung fördern.

Dabei wird für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Umwelt- und Verkehrsprojekten gesorgt. Neben den materiell-

len Leistungen verfolgt das ISPA ein weiteres wichtiges Ziel: Es soll dazu beitragen, dass sich die Empfänger mit der Programmierung der Gemeinschaftsbeihilfen und den vorgeschriebenen Verfahren, insbesondere im Hinblick auf die Vergabe öffentlicher Aufträge, Verwaltung oder Bewertung, vertraut machen. Diese Erfahrungen werden sich in dem Moment, wo nach dem Beitritt vom Kohäsionsfonds oder den Strukturfonds kofinanzierte Projekte zu managen sind, als sehr nützlich erweisen.

249 Projekte zwischen 2000 und 2002 genehmigt

In den ersten drei Jahren hat das ISPA insgesamt 249 Projekte unterstützt, wobei sich der vorgesehene Gemeinschaftsbeitrag auf über 5 648 Mio. EUR der anrechenbaren Gesamtkosten von 8 753 Mio. EUR beläuft ⁽¹⁾. Dieser Beitrag überschreitet bereits die gesamte Mittelausstattung des ISPA für den Zeitraum 2000-2006. Ende 2002 waren schon Zahlungen in Höhe von 600 Mio. EUR geleistet worden, d. h. dreimal so viel wie Ende 2001. 56,19 % der gewährten Beihilfen betreffen den Verkehr, 43,14 % die Umwelt, 0,14 % die Dezentralisierung und 0,53 % eine Sonderhilfe für die Flutkatastrophe vor kurzem.

Heute, ein Jahr vor dem Beitritt, hat die erste Gruppe von ISPA-Projekten bereits erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen; ihr Nutzen für die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Umwelt sowie ihr europäischer „Mehrwert“ sind im Ansatz schon zu erkennen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, um geeignete Verwaltungs- und Kontrollstrukturen aufzubauen. Die öffentlichen Verwaltungen der MOEL sammeln nach und nach Erfahrungen mit der Durchführung großer Infrastrukturprojekte unter Bedingungen, die in etwa denen nach dem Beitritt entsprechen dürften.

Ab Mai 2004 werden alle für die neuen Mitgliedstaaten beschlossenen ISPA-Projekte zu Projekten des Kohäsionsfonds, dem im Zeitraum 2004-2006 ein Drittel der Gemeinschaftsdotierung (7 590,5 Mio. EUR) für Strukturmaßnahmen in diesen Ländern zur Verfügung steht. Zunächst werden allerdings die im Rahmen des ISPA bereits bewilligten Gelder verwendet. Die ISPA-Mittel, die in diesen Ländern nicht verbraucht werden, fließen in den Haushalt der Kommission. In diesem Kontext wird es möglich sein, den beiden MOEL, die nicht im Jahr 2004 beitreten (Bulgarien und Rumänien), höhere Beträge zu gewähren als bisher. Die Größenordnung dieser Beihilfen muss noch festgelegt werden – schließlich geht es nicht darum, die restlichen Haushaltsmittel des ISPA um jeden Preis zu verbrauchen, sondern um die Unterstützung effizienter Projekte im Dienste der Kohäsion.

Weitere Informationen:

http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/funds/ispa/enlarge_de.htm

⁽¹⁾ In Preisen von 1999.

⁽²⁾ Ursprünglich (1990): „Pologne, Hongrie, Aide à la Reconstruction Economique“ bzw. „Phare“.

⁽³⁾ Special Action Programme for Agriculture and Rural Development.

Vilnius (Litauen)

Transparente Abfallbewirtschaftung

Erstmals in einem ISPA-Projekt hat eine litauische Nichtregierungsorganisation an der Vorbereitung eines Projekts zur Bewirtschaftung des städtischen Festmülls der Region Vilnius mitgewirkt.

Die litauische Region Vilnius ist im Hinblick auf die Sammlung und Behandlung von städtischem Festmüll mit erheblichen Problemen konfrontiert. In manchen – vor allem ländlichen – Gebieten gibt es keine organisierte Abfuhr. Die vorhandenen städtischen Müllhalden verfügen über keinerlei Umweltschutzsysteme, mit Ausnahme der Deponie Kariotiskes, die für den Abfall von Vilnius zuständig ist und an den Nationalpark von Trakai angrenzt. Aber selbst dort haben Analysen eine Verschlechterung des phreatischen Grundwassers ergeben. Aus den insgesamt 125 Müllhalden der Region sickern jährlich 350 000 m³ Abwässer in den Boden.

Das derzeit laufende ISPA-Projekt zur Abfallbewirtschaftung in der Region Vilnius beinhaltet unter anderem die Schließung von fünf städtischen Deponien, darunter auch die von Kariotiskes, und den Bau einer den nationalen und europäischen Normen entsprechenden regionalen Müllhalde auf dem Gelände des ehemaligen Steinbruchs von Kazokistes in der Gemeinde Elektrenai. Die neue Anlage soll mit einer Umfassungsmauer, einem System zum Abpumpen der Abwässer, zehn Brunnen für die Analyse des phreatischen Grundwassers und einem Biogas-Kollektor für die Erzeugung von Elektrizität ausgestattet werden. Im Endeffekt wird sich die Versickerung von Abwässern durch dieses Projekt um vier Fünftel verringern lassen.

Ein bemerkenswerter Aspekt des Projekts – und eine „Premiere“ im Rahmen des ISPA – ist die Tatsache, dass eine Nichtregierungsorganisation (NRO), das Lithuanian Green Movement (LGM), in die vorbereitenden Diskussionen einbezogen wird. Das LGM wurde vom Kontrollausschuss des Projekts eingeladen, während der gesamten Dauer des Verfahrens zur Bewertung der Umweltfolgen der verschiedenen Optionen als Beobachter an den öffentlichen Anhörungen teilzunehmen. Nach Vorlage eines Gutachtens konnte das LGM beispielsweise den Bau einer regionalen Müllverbrennungsanlage verhindern, nicht zuletzt wegen der zu hohen Kosten. Ein weiterer Knackpunkt war der künftige Standort der Deponie: Der Protest der ansässigen Bevölkerung und von Gruppen und Verei-

nen, der zu der fundierten Stellungnahme des LGM hinzukam, bewog die Behörden, von der Idee, eine Grünfläche der Gemeinde zu benutzen, Abstand zu nehmen und sich für das stillgelegte Industriegelände von Kazokistes zu entscheiden.

NRO haben oft den Ruf eines „Spielverderbers“, aber diese ausgesprochen positive Erfahrung zeigt, dass sie maßgeblich dazu beitragen können, die Qualität eines Projekts und gleichzeitig seine öffentliche Transparenz zu gewährleisten. Überdies macht sie die Vorteile geteilter Kompetenzen deutlich, da die Vereinigungen, die Praktiker und die Behörden bei der Umsetzung derart komplexer Projekte alle eine Rolle zu spielen und alle noch etwas zu lernen haben.

Kontakt:

Durchführungsbehörde

ISPA Implementing Agency under the Ministry of Environment

Juozapaviciaus 9-610, LT-2600 Vilnius

E-Mail: ISPA.tuminas@aplinkuma.lt

Endbegünstigter

Vilnius County Waste Management Centre

Gedimino Avenue 37, LT-2001 Vilnius

E-Mail: vaatc@takas.lt

Müllhalde in der Region Vilnius.



Entdeckungsreise durch ein Beitrittsland

Polen

Ein starkes Entree

Polen ist stark landwirtschaftlich geprägt und, im Hinblick auf die Fläche, die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftskraft, der größte Beitrittskandidat. An der Schwelle zu seiner Aufnahme in die Europäische Union weist es außerdem erhebliche soziale Ungleichheiten und gegensätzliche Wirtschaftsindikatoren auf.

Im geometrischen Herzen Europas gelegen, teilt Polen seine Grenzen im Westen mit Deutschland, im Süden mit der Tschechischen Republik und der Slowakei, im Norden mit der Enklave Königsberg (Russische Föderation) und im Osten mit Litauen, Weißrussland und der Ukraine. Das Klima ist kontinental: warme Sommer und kalte Winter. Der Großteil des Landes besteht aus Ebenen, aber der Süden ist eher bergig (Sudeten und Karpaten). Die polnischen Industriestädte zählen zu den am stärksten verschmutzten in ganz Europa, aber gleichzeitig besitzt das Land den letzten Urwald Europas, und 27 % seines Hoheitsgebiets sind bewaldet. Eine andere aufschlussreiche Zahl: 38 % der polnischen Bevölkerung leben auf dem Land, verglichen mit einem Durchschnitt von 14 % in der Europäischen Union.

Polen hat es verstanden, trotz der gewaltigen Verschiebungen des Verlaufs seiner Grenzen während seiner langen Geschichte seine nationale Identität zu bewahren. Im 16. Jahrhundert war Polen der größte Staat Europas. Im 19. Jahrhundert verschwand es im wahrsten Sinne des Wortes von der Landkarte, um 1918 in Form einer parlamentarischen Republik wieder aufzuerstehen. Im Lauf des zweiten Weltkriegs hat Polen einen schweren Tribut gezahlt: Ein Viertel der polnischen Bevölkerung, darunter drei Millionen Juden, wurde von den Nazis ermordet.

Wandel und Reformen

Nach der Befreiung findet sich Polen unter sowjetischem Einfluss wieder. Die großen Streiks, die 1980 im Land ausbrechen, führen zur Entstehung der unabhängigen Gewerkschaft Solidar-

nosc, die von Lech Walesa geleitet wird. Damit zeichnet sich ein politischer Umschwung ab. Im Jahr 1988 wird Solidarnosc legalisiert. Im Anschluss an die ersten freien Wahlen übernimmt Tadeusz Mazowiecki (Mitglied der unabhängigen Gewerkschaft) das Amt des Premierministers. 1990 wird dann Lech Walesa zum Präsidenten der Republik gewählt. Das Zeitalter des politischen Wechsels und der Marktwirtschaft hat begonnen.

In wirtschaftlicher Hinsicht hat Polen in den letzten 50 Jahren erhebliche Veränderungen erlebt. Nach dem zweiten Weltkrieg setzt das Land auf die Schwerindustrie und erschließt seine Mineralschätze wie etwa Kohle oder Schwefel. Gleichzeitig bleibt Polen ein Agrarland. Eine Besonderheit gegenüber den anderen sozialistischen Systemen der Epoche: vier Fünftel der Felder werden privat bewirtschaftet. Aber die Durchschnittsgröße der Betriebe liegt bei 8 ha, und ihre Erträge sind gering.

Unter den veränderten Verhältnissen in den 80er Jahren nimmt das Land eine zweifache Wirtschaftsreform in Angriff: Einerseits wendet es sich verstärkt der weiterverarbeitenden Industrie zu, und andererseits werden die Unternehmen massiv privatisiert. Zwischen 1991 und 1996 gehen beispielsweise 25 % der Unternehmen in private Hände über.

Soziale und regionale Disparitäten

Heute hat die Regierung drastische Sparmaßnahmen ergriffen (erhebliche Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Reduzierung von Sozialleistungen), um das Haushaltsdefizit um die Hälfte zu verringern. Diese Politik hat soziale

Probleme bei der Bevölkerung ausgelöst, vor dem Hintergrund eines gewaltigen Einkommensgefälles.

Polens nationale Übersichtstabellen zeigen eine differenzierte Situation. Die Inflation ist deutlich zurückgegangen: 30,4 % im Jahr 1994, 12,5 % im Jahr 1997, 8,5 % im Jahr 2000 und ungefähr 2 % im Jahr 2002. Das Wachstum hingegen hat sich von 4 % im Jahr 2000 auf 1,7 % im Jahr 2001 und 1 % im Jahr 2002 verlangsamt. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit: Die Quote der arbeitslosen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat sich von 15 % im Jahr 2001 auf fast 20 % im Jahr 2002 erhöht.

Die regionalen Disparitäten sind in Polen weiterhin sehr ausgeprägt – in den Großstädten konzentrieren sich die neuen Aktivitäten, während die ländliche Wirtschaft zurückbleibt. In einem Bericht aus dem Jahr 1999⁽¹⁾ machte das Internationale Arbeitsamt mehrere Faktoren für die regionalen Ungleichgewichte in Polen verantwortlich. Unter anderem wies das IAA auf die „offenkundig unzulängliche Infrastruktur außerhalb der Großstädte und den Mangel an Straßen und Schienenwegen sowie auf die Misere im Bereich der Telekommunikation“ hin. Lauter Elemente, die dem Handel und der Entwicklung der ländlichen Gebiete im Weg stehen könnten.

Der Vorteil Europa

In den letzten Jahren hat Polen seinen Beitritt zur Europäischen Union aktiv vorbereitet. Im Anschluss an eine 1998 gestartete Verwaltungsreform wurde das

⁽¹⁾ „Studies on the social dimensions of globalization – Poland“, Internationales Arbeitsamt, Genf, 1999.



Die Umgebung von Suwałki im „Land der 1000 Seen“ im äußersten Nordosten Polens.

Hoheitsgebiet in 16 Regionen unterteilt. Im Jahr 2002 hat das Land die Verwaltungsstrukturen eingesetzt, die für die Umsetzung der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds zuständig sein werden. Im Übrigen hat Polen der Kommission seinen ersten nationalen Entwicklungsplan für den Zeitraum 2004-2006 vorgelegt, der als Grundlage für die Festlegung des gemeinschaftlichen Unterstützungsrahmens dienen wird.

Polen profitiert bereits von den verschiedenen Heranführungsprogrammen. Für den Zeitraum 2000-2006 hat das ISPA (strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt) dem Land Fördermittel zwischen 385 und 398 Mio. EUR pro Jahr gewährt. Über Sapard (ländliche Entwicklung) erhält Polen für den gleichen Zeitraum jedes Jahr durchschnittlich 168,6 Mio. EUR. Und im Rahmen des Programms Phare, das seit über zehn Jahren die Moderni-

sierung der mittel- und osteuropäischen Länder begleitet, belief sich Polens jährliche Dotierung zwischen 2000 und 2002 auf 398 Mio. EUR.

Als Mitglied der Union wird das Land umfassende europäische Beihilfen erhalten. Nach den im Rat von Kopenhagen (Dezember 2002) festgelegten Verteilerschlüsseln werden für Polen zwischen 45,65 % und 52,72 % der gesamten für die neuen Mitgliedstaaten vorgesehenen Mittel des Kohäsionsfonds bereitgestellt. Allein für das Ziel 1 soll das Land 7 320,7 Mio. EUR (Preise von 1999: 13 234,3 Mio. EUR für alle „Zehn“) bekommen, also mehr als die Hälfte der geplanten Gemeinschaftsbeihilfen.

Kontakt:

*Ministerstwo Gospodarki, Pracy i Polityki Społecznej
(Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Sozialpolitik)*

Pl. Trzech Krzyży 3/5

PL-00-507 Warszawa

Tel. (48-22) 693 50 00

Fax (48-22) 628 68 08

Internet:

<http://www.mpips.gov.pl/index.php>

Fläche

312 680 km²

Bevölkerung

38 700 000 Einwohner

Dichte: 124 Einwohner/km²

(EU-15: 118 Einwohner/km²)

Wirtschaft und Beschäftigung

BIP-Index/pro Kopf in KKP (2002):

41,1 (EU-15: 100)

Arbeitslosenrate (Dezember 2002):

18,1 % (EU-15: 7,8 %)

Fragen an Krystyna Gurbiel,

Unterstaatssekretärin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Sozialpolitik



Kurz vor seinem Beitritt zur Europäischen Union weist Polen im Vergleich zu den 90er Jahren ein eher schwaches Wirtschaftswachstum auf. Es ist auch schwächer

als das der anderen Bewerberländer. Die Arbeitslosenrate ist ebenfalls hoch. Was wollen Sie unternehmen, um diese Trends umzukehren?

In dieser Frage spielen noch andere Akteure mit als nur die Regierung. Polen ist eine sehr weltoffene Marktwirtschaft und damit auch sehr abhängig von der internationalen und insbesondere der europäischen Konjunktur. Aber natürlich hat die polnische Regierung politische Maßnahmen ergriffen, um das Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu unterstützen. Diesbezüglich möchte ich zwei wichtige aktuelle Initiativen erwähnen:

- Das Finanzministerium bereitet für Mai 2003 eine Haushaltsreform vor, um das Wachstum zu stimulieren. Es geht einerseits um Steuerreformen und andererseits um die Rationalisierung und Dezentralisierung der öffentlichen Ausgaben.
- Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Sozialpolitik bringt für das Jahr 2003 einen Aktionsplan auf den Weg, der vier Prioritäten umfasst: soziale Eingliederung und Verringerung der Armut, Beschäftigung, effiziente Nutzung der Strukturfonds und Verbesserung der Wirtschaftslage. Dieser Plan sieht eine Reihe legislativer und institutioneller Maßnahmen vor, die zu einer Verbesserung

des Umfelds für Unternehmer, zur Einführung sehr viel voluntaristischer Beschäftigungspolitik und zu einer wirksameren und stärker auf die armen oder von Ausgrenzung bedrohten Gruppen der polnischen Bevölkerung ausgerichteten Unterstützung führen müssten.

Wie wollen Sie mithilfe der Finanzspritze, die Ihrem Land durch den Beitritt zur Europäischen Union zuteil wird, mehr Zusammenhalt gewährleisten? Wie lassen sich Wirtschaftswachstum und Abbau regionaler und sozialer Disparitäten in Polen im Lauf der kommenden Jahre in Einklang bringen?

Die Strategie des nationalen Entwicklungsplans (NEP) ist eindeutig darauf ausgerichtet, die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen den polnischen Regionen und den Regionen der derzeitigen Mitgliedstaaten zu verringern. Das heißt jedoch nicht, dass wir nicht gegen die regionalen Disparitäten innerhalb Polens vorgehen werden. Besondere Aufmerksamkeit kommt den Regionen zu, die mit strukturellen Problemen zu kämpfen haben, beispielsweise in der Landwirtschaft oder den traditionellen Industrien, sowie speziellen sozialen Gruppen wie etwa Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Personen.

Welche Prioritäten des aktuellen nationalen Entwicklungsplans werden nach Polens Beitritts zur Union im Mai 2004 als Grundlage für die Festlegung des gemeinschaftlichen Unterstützungsrahmens dienen?

Das allgemeine Ziel dieses Entwicklungsplans ist die Steigerung der Wett-

bewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft. Es ist in mehrere Zwischenziele unterteilt worden: mithelfen, eine hohe und dauerhafte BIP-Wachstumsquote zu erreichen, Arbeitsplätze schaffen und das Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte anheben, Polen mit den Verkehrs- und Informationsnetzen verbinden, zur wirtschaftlichen Umstrukturierung (im Hinblick auf Beschäftigungs- und BIP-Struktur) beitragen und die ärmsten Regionen und die anfälligsten Bevölkerungsgruppen unterstützen.

Welche besonderen Vorteile, die Polen zu bieten hat, werden Ihrer Meinung nach der gesamten Europäischen Union zugute kommen?

Es ist schwierig, sie alle aufzuzählen. Ich werde an dieser Stelle nur drei davon nennen: erstens eine junge und qualifizierte Bevölkerung – Polen ist heute das europäische Land mit der höchsten Zahl von Jugendlichen, die ins Erwerbsleben eintreten –, zweitens eine in zahlreichen Feldern aktive wissenschaftliche Forschung, auch wenn wir mehr Mittel – Marketing und Finanzierung – bräuchten, um Innovationen umzusetzen, und drittens ein immaterieller, aber ungeheuer wichtiger Wert, und zwar der Unternehmergeist, den ein großer Teil der polnischen Bevölkerung im Laufe der tief greifenden Veränderungen der letzten 15 Jahre an den Tag gelegt hat.

Das Gespräch wurde am 14. April 2003 geführt.

Porträt einer Region

Sachsen-Anhalt (Deutschland)

Eine gelungene Mischung aus Wissenschaft und Wirtschaft

Sachsen-Anhalt, ebenso stark von der Landwirtschaft wie von der Industrie geprägt, hat seine Neuentwicklung auf seine traditionellen Innovationskapazitäten ausgerichtet.

Das im nordöstlichen Zentrum von Deutschland gelegene Bundesland Sachsen-Anhalt umfasst sehr verschiedenartige Naturgebiete: die Altmark, ein hügeliges Gebiet im Norden, die Schlammebene der Elbe im Zentrum, Berge und Täler im Südwesten. Aufgrund der geografischen und geologischen Bedingungen ist das Land Sachsen-Anhalt sehr unterschiedlich strukturiert. Der Norden ist von schwach bevölkerten Dörfern geprägt (Dichte: weniger als 50 Einwohner/km²), die ausschließlich Landwirtschaft betreiben. Weiter südlich und im Harzvorland werden seit Jahrhunderten Metalle, Kohle und Salz gewonnen. Die Elbe und die Saale sind seit jeher wichtige Wasserwege. Ganz im Süden, an den Grenzen von Sachsen, bilden Städte wie etwa Weissenfels, Naumburg und Zeitz im Herzen des Dreiecks Halle-Leipzig-Erfurt eine stark bevölkerte (über 200 Einwohner/km²) Industriezone.

Ungefähr ein Viertel der Bevölkerung des Landes wohnt in den drei Ballungsräumen Halle (254 000 Einwohner), Dessau (150 000 Einwohner) und Magdeburg (232 000 Einwohner), der regionalen Hauptstadt. Diese drei Städte mit ihrer ausgezeichneten Anbindung an die europäischen Verkehrsnetze sind überdies wichtige Industriezentren, die in den Be-

reichen Agro-Lebensmittel (die „Börde“ von Magdeburg zählt zu Deutschlands fruchtbarsten Böden), Chemie und Pharmazeutik, Metallbearbeitung, Textil und Werkzeugmaschinen tätig sind.

Diese Sektoren hatten erheblich unter den Umstrukturierungen in den neuen Bundesländern zu leiden, aber zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung ist es Sachsen-Anhalt gelungen, seine Infrastruktur zu modernisieren und seine Aktivitäten auf einen neuen Kurs zu bringen. Dazu hat es seinen höchsten Trumpf ausgespielt, nämlich seine traditionelle Fähigkeit zur Innovation durch den Schulterchluss von Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Freisetzung innovativer Kräfte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze steht folglich im Mittelpunkt der Regionalpolitik des Landes. Diese Strategie unterstützt das Ziel-1-Programm mit mehr als 8,7 Mrd. EUR für den Zeitraum 2000-2006; 3,4 Mrd. EUR davon steuert die Gemeinschaft bei.

Um die Synergien zwischen den regionalen sozioökonomischen Akteuren zu optimieren, fasst die Landesregierung die verschiedenen Entwicklungsprogramme für Sachsen-Anhalt unter dem Namen „Landesinitiativen“ zusammen.

Kontakt:

Verbindungsbüro des Landes Sachsen-Anhalt
Boulevard Saint-Michel 78
B-1040 Brüssel
Tel. (32-2) 741 09 31
Fax (32-2) 741 09 39
E-Mail: wobben@vb-bruessel.stk.lsa-net.de



Der Dom zu Magdeburg (Sachsen-Anhalt).

Fläche

20 447 km²

Bevölkerung

2 570 000 Einwohner

Dichte: 126 Einwohner/km² (EU-15: 118 Einwohner/km²)

Wirtschaft und Beschäftigung

BIP-Index/pro Kopf in KKP (2000): 68 (EU-15: 100)

Arbeitslosenrate (2001): 16,2 % (EU-15: 7,6 %)

Strukturfonds (2000-2006)

Ziel 1		(in Mio. EUR)
EU	Sonstige öffentliche Fonds	Insgesamt
3 360.445	6 107.125	8 697.414

Lebensqualität und Tourismus in Einklang bringen

Neue Abwasserkanäle für das historische Zentrum von Freyburg

In Sachsen-Anhalt tragen die EU-Gelder insbesondere zu einer besseren Abwasserbewirtschaftung bei. Ein Segen für die touristische Kleinstadt Freyburg.

Im Jahr 2004 wird Freyburg (5 000 Einwohner), die „Rotkäppchen-Stadt“ im Südosten von Sachsen-Anhalt, 800 Jahre alt. Anlässlich des bevorstehenden Geburtstags wurde ein ehrgeiziges Stadterneuerungsprogramm gestartet, das auch die Verlegung neuer Abwasserkanäle beinhaltet. Die meisten Kanäle stammten noch aus dem Jahr 1927, die Rohre waren vielfach verschlissen und zu klein. Ihre Zeit war abgelaufen.

Die Europäische Union hat es sich zum Ziel gesetzt, möglichst bald alle Haushalte in den Mitgliedstaaten an die Kanalisation anzuschließen. In Sachsen-Anhalt liegt der Anschlussgrad derzeit bei 80 %. Dieses relativ hohe Niveau konnte nur durch umfangreiche Förderungen von Bund, Land und EU erreicht werden: Freyburg wurden 330 000 EUR gewährt, davon stammen 120 000 EUR vom EFRE und 60 000 EUR von der Regionalregierung.

Mit seinen Weinbergen, der schönen Landschaft und seinem historischen Zentrum ist Freyburg ein Touristenmagnet in diesem Teil Deutschlands. Es war keine Kleinigkeit, im Rahmen der Verlegung der neuen Abwasserkanäle die Straßen aufzureißen, ohne den Fremdenverkehr zu beeinträchtigen.



Dank der guten Koordination der Arbeiten und der Fördermittel konnten die Straßen und Gehwege gepflastert werden, gleich nachdem die Leitungen in der Erde waren.

Vereinigung der archäologischen Stätten von Athen (Griechenland) Die alten Philosophen bekommen Luft zum Atmen

Im Rahmen des Programms zur Vereinigung der archäologischen Stätten und mit Blick auf die Olympischen Spiele 2004 hat Athen ein Projekt zur Neubelebung der alten Agora-Ares-Hügel in Angriff genommen. Ziel ist, sowohl die Lebensqualität der Bewohner zu verbessern als auch den Besuch für Touristen angenehmer zu gestalten. Dazu soll die Umweltbelastung reduziert und die Umgebung verschönert werden.

Athen: Stadt der Götter, Wiege der Demokratie und Geburtsort vieler berühmter Denker, die unsere westliche Zivilisation entscheidend beeinflusst haben. Aber wenn die alten Philosophen uns heute noch ehrlich ihre Meinung sagen könnten, würden sie sich wahrscheinlich darüber beklagen, dass die moderne Welt es ihnen gegenüber an Respekt fehlen lässt ...

Athens archäologische Stätten sind fraglos der wichtigste Bestandteil des kulturellen Erbes dieser Stadt und zeugen von seiner stetigen Entwicklung im Lauf der Jahrhunderte. Diese Stätten erstrecken sich heute über eine Fläche von insgesamt etwa 700 ha, sind aber ohne jede Verbindung – weder

untereinander noch mit der Stadt – über das gesamte städtische Gebiet verteilt. Noch dazu müssen sie die von der Hauptstadt erzeugte Verschmutzung erdulden.

Sechs archäologische Stätten

Ein Beitrag der öffentlichen Hand war unverzichtbar, um die historischen und archäologischen Stätten und die Baudenkmäler rund um die Akropolis zu schützen und zu erschließen. Daher setzen sich das Ministerium für Umwelt, Raumplanung und öffentliche Arbeiten, die Organisation für Raumplanung und Umweltschutz von Athen und die Gesellschaft zur Vereinigung der archäologischen Stätten

(EAXA SA) seit 1994 für die Schaffung eines 700 ha großen archäologischen Parks ein. Genauer gesagt geht es, wie der Architekt Dora Galani erklärt, um „die Gestaltung einer Fußgängerzone, die sechs archäologische Stätten miteinander verbindet, um die Schaffung von Grünflächen und überdachten Räumen und darum, Baudenkmäler zu restaurieren und zu erhalten“. Mehr Grünflächen und die Eindämmung des Autoverkehrs im Umkreis der Stätte erlauben, die Verschmutzung zu verringern, und tragen zur Verbesserung der Fahrbedingungen und der städtischen Umgebung von Athen bei. Aber die Vereinigung der archäologischen Stätten kommt nicht nur der Umwelt zugute: Die in



Die Arbeit an der Grabungsstätte erfordert Geduld und Vorsicht.



Angriff genommenen Arbeiten werden zweifellos noch weitere positive Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bewohner und den Besuch der Touristen haben.

Im Dienst des Besuchers

Das Projekt zur Erschließung der alten Agora-Ares-Hügel zielt in erster Linie darauf ab, diese Stätte zu sanieren, deren Baudenkmäler seit über 50 Jahren hinter wild wuchernden Pflanzen verborgen waren. Außerdem ist geplant, die Stätte einzuzäunen, drei neue Zugangswege anzulegen, Denkmäler und Statuen zu reinigen und einen neuen Standort für sie zu finden, um das alte Wegenetz wiederherzustellen, die Brandschutz-, Wasserzuleitungs- und Beleuchtungssysteme zu verbessern usw. Mehr Schilder, Broschüren und Dokumentarfilme sollen die umfassende Information der Besucher gewährleisten.

Auf diese Weise werden Arbeitsplätze in spezialisierten Bereichen wie etwa der archäologischen Forschung oder der Pflege und Erhaltung von Tongefäßen, Mosaiken, Skulpturen und anderen Marmorflächen geschaffen. Während der Durchführung des Projekts (1997-2000) sind 224 vorübergehende oder feste Arbeitsplätze entstanden, die im gleichen Verhältnis mit Männern und Frauen besetzt wurden. Bei Ablauf der vom 3. Gemeinschaftlichen Unterstützungsrahmen vorgesehenen Arbeiten dürften schätzungs-

weise 30 neue Arbeitsplätze für die Pflege und den Betrieb der Stätte, die um etwa 250 ha erweitert wird, geschaffen worden sein. Im Übrigen hat das Kultusministerium im Nachbarviertel Plaka für die hier beschäftigten Mütter einen Kinderhort eingerichtet. Schließlich haben mehrere Praktikanten im Rahmen ihres Studiums an dem Projekt mitgewirkt.

Die an dieser Stätte durchgeführten Restaurierungsarbeiten, die unter anderem das erste Gericht von Athen und den am besten erhaltenen, dem Gott Hephaistos geweihten klassischen Tempel betreffen, haben in der Öffentlichkeit reges Interesse ausgelöst: Seit der Durchführung des Projekts ist die Zahl der Besucher um schätzungsweise 40 % gestiegen.

Im Jahr 2004 ein vereinigter Park?

Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 3,85 Mio. EUR und werden gemeinsam von der Europäischen Union (75 %) und dem griechischen Kultusministerium (25 %) getragen. Das Vorhaben ist Teil des Programms zur Vereinigung der archäologischen Stätten von Athen. Angesichts der Zahl der betroffenen Stätten (der Olympieion-Tempel, der Friedhof von Kerameikos, die alte Agora, das Philopappos-Denkmal, die Bibliothek des Hadrian und die Süd- und Osthänge der Akropolis) werden die Arbeiten im Rahmen des 3. Gemeinschaftlichen Unterstützungsrahmens fortgesetzt. Ziel ist, den Besuchern im Jahr 2004 – das Jahr, in dem Griechenland die Olympischen Spiele ausrichtet – die Möglichkeit zu bieten, in einem großen vereinigten Park spazieren zu gehen und mit den Göttern und Philosophen Zwiegespräche zu führen ...

Kontakt:

Alkisti Choremi
Kultusministerium
Makrygianni 2-4
GR-117 12 Athen
Tel. (30) 21 09 23-8175
Fax (30) 21 09 23-9023
E-Mail: protocol@aepka.culture.gr
Internet: <http://www.culture.gr/>

Partnerschaft mit Städten – Die Gemeinschaftsinitiative URBAN

Die URBAN-„Methode“, anhand zahlreicher Projekte veranschaulicht.



In den elf Sprachen der Union verfügbar.

Regionen leben auf. Erfolgsprojekte der Strukturfonds in Österreich

Ein Auswahl von 21 Projekten, die die EU in Österreich mitfinanziert.



In Deutsch und Englisch verfügbar.

Online



<http://www.ewindows.eu.org>

EnviroWindows, die neue Internet-Site der Europäischen Umweltagentur, ist ein Forum für den Informationsaustausch und den Dialog zwischen kommunalen Behörden, Unternehmen und allen an der Umweltdebatte beteiligten Parteien: sozioprofessionelle Kreise, Meinungsmacher, Bürger. Die Site bietet Verbrauchern Zugang zu Informationen, die die Unternehmen selbst zu den Produkten, den guten Praktiken, dem Verbrauch natürlicher Ressourcen oder den Umweltleistungen ihres Unternehmens erteilen. Über EnviroWindows gelangt der Besucher insbesondere zu zwei Diensten: zu den Interessengruppen und den Portalen, die beide den Aufbau Sektoren übergreifender Partnerschaften zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung vereinfachen.

<http://www.interactt.net>

Interactt (Interregional Action for Technology Transfer) verfolgt zwei Ziele: die auf Kreta entwickelte Technik zur Erzeugung von Jungfischen an die Fischzuchtbetriebe auf den Kanarischen Inseln und Madeira übertragen und die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren dieses Sektors und den öffentlichen Forschungszentren auf inner- und überregionaler Ebene intensivieren. Dieses im Rahmen der regionalen EFRE-Programme innovativer Maßnahmen durchgeführte Projekt richtet sich an die Partner (Regionalbehörden, Forschungsstellen und Fischzuchtbetriebe), die den Sprung ins kalte Wasser wagen und die in diesem Sektor so häufige Abkapselung zwischen Wissenschaftlern und Erzeugern überwinden und gleichzeitig die Kontakte zwischen Fischzüchtern fördern wollen. Die Site ist auf Englisch, Griechisch, Portugiesisch und Spanisch zugänglich.



<http://www.elearningeuropa.info>

Das Portal des europäischen Programms „eLearning“, ein richtiger virtueller Treffpunkt, bringt eine neue Dynamik in den Informations- und Wissensaustausch im Bereich von Online-Unterricht und -Ausbildung. Abgesehen von (fast) allem, was zu diesem Thema erscheint, finden sich hier praktische Informationen über die Projekte, die Einrichtungen und die Ressourcen, die in Europa verfügbar sind oder derzeit eingeführt werden.

Kontakte

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik
Referat 01 – Information und Kommunikation
Thierry Daman
Avenue de Tervuren 41, B-1040 Brüssel
Fax (32-2) 296 60 03
E-Mail: regio-info@cec.eu.int
Internet: http://europa.eu.int/comm/dgs/regional_policy/index_fr.htm

Kommissar Michel Barnier
<http://europa.eu.int/barnier>

Informationen über die Regionalförderung der Europäischen Union
http://europa.eu.int/comm/regional_policy/index_fr.htm

ISSN 1608-3881

© Europäische Gemeinschaften, 2003
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Belgium



Amt für Veröffentlichungen

Publications.eu.int